



Zageszeitung der KPD / Section der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Kaufpreis: 10 Pf., für Familienablagen 20 Pf., für die Zeitungszelle (entstehend aus dem dreifachen Teil einer Zeitschrift) 1,50 RM. Einzelne Ausgabe nur wochentlich von 9 Uhr an in der Expedition Dresden 1, Galeriestraße 2.

Verlagspreis: Bei dass monatlich 1,20 RM (siehe im voras), durch das Vor 1,20 RM (ohne Zeitungsbeiträge). "Arbeitszeitung" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In allen höheren Gewerbe besteht kein Vertrag auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurücknahme des Vertragspreises.

Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft mbH, Dresden 2, Goldschmiedestraße 10. Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Dresden 17/22. Polizeidirektion: Dresden 18/20. Zeitungsausgabe: Montags 16-18 Uhr alle Sprechende, Mittwochs 17-18 Uhr bei Betriebs- und arbeitsrecht. Fragen, Freitags 18-19 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Montag den 13. Oktober 1930

Nummer 239

Reichstagseröffnung im Zeichen drohender Riesenstreiks

Heute Streikabstimmung in der Berliner Metallindustrie — Metallarbeiter Sachsens, tritt gefaßt! Nicht Schiedsspruch abwarten, sondern Kampfbündnis mit Berlin!

Dresden, 13. Oktober,

Heute tritt der neu gewählte Reichstag zusammen. Seine Eröffnung wird überschattet von der Kriegserklärung von 100 000 Berliner Metallarbeiter gegen die kapitalistischen Lohnräuber. Die gestern stattgefundene Konferenz der Funktionäre und Obaleute der Berliner Metallbetriebe, die von 2000 Mann besucht war, hat den Schiedsspruch abgelehnt und für heute die Abstimmung über den Streik beschlossen. Obwohl die Konferenz ein großer Teil zu konvoziert worden war, forderte eine ganze Reihe von Rednern den sofortigen Streikbeschluss und die Aufforderung des Kampfes.

Dah es sich bei der ganzen Schiedsspruchpraxis in der Berliner Metallindustrie nur um ein groß angelegtes Betrugsspiel zwischen Brüning-Diktatur und Bürokratie handelt, vereit die bürgerliche Presse. Die Dresdner Nachrichten von heute morgen schreiben:

"dah der Schiedsspruch, der bekanntlich eine Lohnsenkung von 5 bis 8 Prozent vorsiegt, nicht für verbindlich erklärt, sondern abgeändert wird... Die Regierung nimmt an, daß die Gewerkschaften dann einen neuen Schiedsspruch, der eine Kürzung von nur 5 bis 6 Prozent vorsehen würden, annehmen könnten."

Um dieses abgetaktete Manöver zu durchkreuzen, fordert die Gewerkschaftsopposition den sofortigen Streik und hat alle entsprechenden Maßnahmen getroffen.

"Die die industriellen Metallarbeiter muß die Rolle nicht abschaffen lassen: Nicht abwarten, bis dah der Lohnabbau-Schiedsspruch gefällt ist, sondern die Manöver von Unternehmern und Bürokratie durchkreuzen, die gemeinsame Streikfront mit den Berliner Metallarbeitern zu organisieren; denn der Reichstag, der heute zusammentritt, entscheidet nichts für, aber alles gegen die werktätigen Massen. Das, was er ihnen bringen wird, ist das faschistische Kaufprogramm Brünings, ist die Zustimmung des SPD-Führers zu diesem Programm und den Steuererhöhungen der Diktaturregierung, ist die Legalisierung des faschistischen Terrors gegen die werktätigen Massen."

Ein Streik von ein paar hunderttausend Metallarbeitern in Deutschland würde wie Donner und Blitze in dieses

Scheinparlament fahren. Ein Massenstreik des Proletariats gegen die kapitalistischen Steuern, Lohn- und Gehaltsräuber ist die einzige richtige Kampfführung gegen die verbrecherische Youngpolitik, gegen den vollverräterlichen Faschismus und seine Wegbereiter.

Kommunistische Partei und Revolutionäre Gewerkschaftsopposition werden diese Kampfführung zur Richtschnur ihres Handelns machen. Ihre Kriegserklärung an den Reichstag der Youngdiktatur verbinden sie mit der Aufforderung an die Arbeiter und Angestellten, die Betriebe und Büros Streikkreis zu machen, die außerparlamentarische Schlachtfront aller Ausgebundenen gegen Hungerdiktatur und Faschismus aufzurufen.

Die Streikenden zwingen die Bürokratie auf die Knie!

Berlin, 13. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die streikenden Bauarbeiter haben vom Hauptvorstand des DMV die volle Sanctionierung ihres Streiks erzwungen. Die entschlossene Haltung der Branche, unter allen Umständen auch gegen den Willen der DMV-Bürokratie und Brancheleitung den Kampf weiterzuführen, hat die Bürokraten gezwungen, einen Rückzug anzutreten und die Forderung der Geldabrat- und Bauarbeiter um 10 Pf. Lohnerhöhung anzuerkennen. Die Bürokraten haben sich für die Annahme entschieden, um eine größere Manövrierechtigkeit bei der Abwägung des Streiks in den DMV-Betrieben zu haben.

Karabiner gegen Antifaschisten

70 Arbeiter bei Landtagssitzung verhaftet / Alles unter Schieds Ministerherrschaft Nieder mit dem Landtag, der dieses Terrorregime schützt!

Mittweida, den 12. Oktober.

Heute in früherer Morgenstunde wurden 70 Arbeiter verhaftet. Mitglieder verschiedener antifaschistischer Organisationen waren bereits am Sonnabendnachmittag zur Landtagssitzung nach Zwickau bei Frankenberg aufgebrochen. Da der für eine Abendkundgebung in Aussicht genommene Saal vorgesehen war, stellte ihnen der Wirt eine Scheune zur Verfügung, in der die Kameraden übernachteten. Nachdem am Abend bereits die Landtagsdeputierte ihnen einen Besuch abgestattet hatte, ergriffen die am morgens gegen 4 Uhr plötzlich zwei Ueberrallkommandos Schupo aus Chemnitz.

Mit vorgehaltener Karabiner bewußtlos drangen sie in die Scheune ein und schlugen mit ihren Gummitüppeln wahllos auf die schlafenden Kameraden ein. Einen Arbeiter, in dem sie den Führer vermuteten, schleppen sie hinter die Scheune und verprügeln ihn besonders. Auch während der Fahrt nach Chemnitz und im Polizeipräsidium wurden die brutalsten Mißhandlungen, woran sich sogar ein Offizier persönlich beteiligte, fort-

gesetzt. Die bürgerliche Presse überzeichnet diesen Vorfall „Kommunistische Generalprobe zum Bürgerkrieg“. Der Polizeibericht spricht von „militärischen Bürgerkriegsübungen“. Dieser ausgemachte Schwund soll die brutalen Mißhandlungen der Polizei rechtfertigen. Schon allein die Tatlast, daß die Arbeiter trotz dem Besuch durch die Gendarmerie in ihrem Nachtlager verblieben, zeigt, daß es sich bei ihrem Marsch aufs Land um einen reinen Agitationsmarsch gehandelt hat.

Der ganze Borgang beweist, wie sehr die Bourgeoisie und ihre Verbündeten vor dem

Umarmen der antifaschistischen Bewegung erzittern. Das Millionenecho, das unser Appell zur Bildung eines mächtigen Kampfbündes gegen den Faschismus ausgelöst hat, soll im Terror wütender Polizeiprostitutionen erstickt werden. Aber sein Terror vermag den Formarisch der antifaschistischen Front zum Stehen zu bringen, und die unteren Polizeibeamten, die sich durch ihre faschistischen Offiziere gegen die Arbeiter aufzuhalten lassen, sollten erkennen, daß ihre Verteidigung des faschistischen Terrors die Verteidigung der Hungersnotlade gegen das wehrhafte Volk und schließlich auch gegen sich selbst bedeutet.

Ein intimer Lügner

Der „Dresdner Anzeiger“ teilt am Sonnabend über den von uns berichteten Vorfall am Sternplatz wo Freitag abends gegen 23 Uhr 2 Arbeiter von einer faschistischen Nebenmacht überfallen und niedergeschlagen wurden mit. Es umgeht sich Kommunisten aus dem Hinterhof über das Hinterholz hergerollt seien. Da uns gegenwärtig keine andere Möglichkeit der Abrechnung zur Verfügung steht, erklären wir den „Dresdner Anzeiger“ verantwortlich zeichnenden Chefredakteur, Herrn Dr. Frölich für einen ausgemachten Lügner.

Wir stellen des weiteren noch einmal fest daß die Polizeibereitschaft des Wagens 11 147 unter Führung eines Offiziers trotz der offensichtlichen faschistischen Propaganda die Riederschlagung der Arbeiter nicht verhindert hat.

Wir fordern an dieser Stelle alle Augenzeugen des Verfalls auf, unverzüglich ihren Namen telefonisch oder mündlich anzugeben an die Adreße Herrn Rechtsanwalt Dr. Helm Otto-Allee 13, Telefon: 23739.

Gewalt in Mussolinis Armee

Revolutionäres Sprengpulver in den faschistischen Kasernen

Italienische Grenze, 13. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die Zulassung der Vage in Italien wird täglich härter. In den Kasernen herrscht eine starke antisozialistische Stimmung. Täglich finden Durchsuchungen statt. Ab 10. Oktober ist strenge Zensur über alle eingehenden Zeitungen angeordnet. In den Kasernen sind antisozialistische Proklamationen beschlagnahmt worden. In Turin fand eine Hungerdemonstration statt, an der sich auch die Gewerkschaften beteiligten. In der italienischen Marine geht es. Die Kreuzer werden häufig durchsucht nach revolutionärer Literatur.

Die Woche des Verrats beginnt!

SPD bedingungslos für Brüning — Die „Lindent“ machen mit

Berlin, 13. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Das Berliner Tageblatt weiß zu berichten, daß die Verhandlungen zwischen SPD-Braun und Brüning fortgesetzt werden, um eine möglichst schnelle Eledigung des Hungerprogramms zu garantieren. Das Berliner Tageblatt schreibt, daß die Sozialdemokratie das tun werde, um der Regierung zunächst über die Schwierigkeiten der ersten Tage hinwegzuhelfen, indem sie den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung ablehnt und feinerlei Misstrauensanträge zu stimmt.

Die „Lindent“ in Sachsen versuchen zu retten, was nicht mehr zu retten ist. Eine von angeblich 1000 Funktionären besuchte Konferenz des Unterbezirks der SPD Groß-Deutschland nahm noch am Freitag eine Resolution an, in der es heißt:

„Eine Regierung, die sich weigert, auf ihr arbeiterfeindliches Programm zu verzichten, die unseren Forderungen gegenüber unangreifbar verharret, ist schärfste Opposition auch im Parlament anzuladen. Partei und Gewerkschaften müssen bereit sein, mit parlamentarischen und

außerparlamentarischen Mitteln sich für die Erhaltung der Demokratie und des Parlamentarismus gegen Faschismus und faschistische Brutalitätsgefahr, ebenso aber auch für die sozialen Lebensinteressen der breiten Volksmassen einzusehen.“

Eine vergleichbare Hoffnung! Selbst die „Linden“ in Sachsen, die noch vor 8 Tagen „schwerstes Geschütz“ gegen Brauns Koalitionspolitik mit Brüning auffuhren, stemmen nur noch. Das Organ des Herrn Seydel ist freitlich entlebt: „Und diese Lohnabbau-Regierung soll die Sozialdemokratie tolerieren?“ Das Weißner Organ hat sich schon ganz abgedreht, indem es zur Haltung der sozialdemokratischen Fraktion schreibt, daß es „im großen und ganzen die Linie für richtig“ hält.

So wird der Theaterdonner der „Linden“ verblasen. In dieser Woche werden die deutschen Arbeiter das Schauspiel erleben, daß die Diktaturregierung der Massenausplündierung von den SPD-Führern getötet wird, daß von den Wahlversprechungen der SPD nichts mehr übrig bleibt als der nackte Verrat.

Protestkundgebung gegen Leipziger Rache-Prozeß erst morgen!

Massenprotest morgen 20 Uhr auf dem Poppitz

Keine Rettung mehr für den Kapitalismus!

"Wohin treiben wir also? Man muß einmal herangehen an die schwarze drohende Wand und sie sich anlehnen... Man muß sich einmal über sein darüber: dies ist keine Krise der Konjunktur, sondern eine Krise des ganzen Systems." Hans Zehn in der "Völkischen Zeitung" vom 10. Oktober 1930.

Heute tritt der neu gewählte Reichstag zusammen. Bis vorerst noch zu leben beginnt, ist er enthaftet. Er hat das fasshafte Raubprogramm der Brüning-Regierung zu schließen, er hat ihm eine Möglichkeit zu schaffen — der Säbel des Staates wird jetzt eine Beschämung wie einen Schen Papier durchdrücken. Dieser Reichstag der Bürgerparteien und der Sozialdemokratie ist der Reichstag der verfaulten Demokratie, ihrer Umwandlung in die faschistische Diktatur.

Es ist ein Reichstag der Krise, die in der ganzen kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland und allen anderen Ländern wütet, die grenzenloses Elend unter den ausgebeuteten Volksmassen schafft, die tief den ganzen politischen Boden umprägt. Die Schicksalskunde dieses Reichstages — der 14. September — demonstrierte den Hass und die Entehrung des Volkes gegen das herrschende System. Die Enttäuschung über all die tragischen Versprechungen der kapitalistischen Regierungen, über die Katastrophenpolitik des Kapitalismus und des neudeutschen Youngplanes vertieften die Wirtschaftskrise zur großen politischen Krise, zur Krise des ganzen Herrschaftssystems der Ausbeuterklasse.

Die letzten Tage vor dem Zusammentreffen dieses Reichstages zeigen, wie diese sogenannte starke Regierung in allen Fugen bricht. Raum hat sie sich die Mithilfe der Sozialdemokratie bei der Durchführung ihres Milliardenraubes am ausgedehnten Volksmaßnahmen gesichert, da stiftet es schon wieder im eigenen Lager. Da sogen die Interessen gegenseitig der einzelnen Kapitalgruppen gegenüber, die zwar gemeinsam die Kosten der Krise den werttötigen Massen aufzubürden wollen, aber angeblich ihrer kapitalistischen Unfähigkeit zur Überwindung der Krise wie gierige Schakale um die Beute rausen. Die alten bürgerlichen Parteien zertrümmern sich mehr. Die Staatspartei bringt auseinander. Minister, wie Curtius, werden von der eigenen Partei bedroht.

Alle diese Schwierigkeiten und Verwirrenheiten im eigenen Lager, getrieben durch die politische Krise, werden den Drang zur faschistischen Vereinheitlichung der Regierungsgewalt und Errichtung der offenen faschistischen Diktatur nur noch beschleunigen.

Wie schwer die Krise, verschärft durch das Milliardenjahr des Youngplans, Deutschland in die Katastrophe des kommenden Hungerminters treibt, geschieht sogar der Leiterkünstler der Völkischen Zeitung:

"Was gestern noch als pessimistische Kombination abgeschnitten wurde, entpuppt sich heute bereits als leichtsinniger Optimismus."

Die Weltwirtschaftskrise, die die Kommunistische Internationale bereits im vergangenen Herbst nach den amerikanischen Börsenträgen mit klarer politischer Vorauflauf signalisiert hatte, hat alle Erdteile gepackt. Sie gibt den Kräften der proletarischen Revolution und ihren nationalrevolutionären Reserven in den kolonial unterdrückten Ländern einen gewaltigen Aufschwung. Sie führt den Krieg zwischen den Imperialisten. Sie verschärft die Gefahr des Krieges zwischen dem freigeschüttelten Weltkapitalismus und der Sowjetunion, dem einzigen Land, der Erde ohne Industrie und Agrararbeiter, ohne politische Krise, ohne Arbeitslosigkeit und ohne Faschismus. Die ganze imperialistische Presse heißt darum über die sowjetrussische Ausfuhr, und in Russland breitet man über die Weltwirtschaftskrise gegen das Land des sozialistischen Aufbaues.

Der Kapitalismus ist bankrott. Bankrott, zerlegt, verhauend ist die kapitalistische Stabilisierung. Die Unbeständigkeit des sozialistischen Systems in der Sowjetunion wird vor Hunderten von Millionen denkender Menschen auf der ganzen Erde demonstrieren, mögen sich darob auch die feinen Gesichter der Kapitalisten und der Jürgenbesselschäfchen vor Wut verzerrten. Jeder muß diesen kapitalistischen Weltbankrott eingehen!

Heute hat man diese Einheit der Welt, allerding in negativem Sinne, und zwar in einer Krise, die keinen Staat verschont und zu deren Verschärfung jeder Staat beiträgt."

Die deutsche Kapitalistenklasse sprach am Freitag durch eines ihrer führenden Organe, die DAJ, die Hoffnung aus, "dem Nationalsozialismus in der Zukunft die Gültigkeit auszubringen und seine Seiten für den Staat fruchtbar zu machen." Der Staatenlose, Adolf Hitler, der von Brüning gegen jede bisher übliche "parlamentarische Regel" als deutscher Parteiführer empfangen wurde, soll als letzte Reserve der deutschen Ausbeuterklasse "den Laden schmeißen" helfen. Auf den Kanälen vor der internationalen Hochfinanz hat er in den Völknerblättern der Wallstreet und Londons sich stets für die Erfüllung der Youngpläne eingesetzt. Seine sehr lehrreichen Aufforderungen auf Revision des Youngplanes unterscheiden sich von ähnlichen Ausführungen des Großbankiers Schacht nur dadurch, daß sie viel untermüdlicher im Ton gegenüber dem Auslandskapital sind.

Die Kommunistische Partei hat die gesichtliche Rolle, den Bankrott und die Krise des ganzen kapitalistischen Systems zum Kampfboden für den siegreichen proletarischen Freiheitskampf zu machen.

Wiedereröffnung der Beweisaufnahme im Nachoprozeß

Unter dem Druck der Argumente der Verteidigung

Leipzig, 11. Oktober. Die gestrige Verhandlung im Nachoprozeß gegen die Jungkommunisten dauerte bis in die späten Nachmittagsstunden. Die Verteidiger rechtführten energisch mit dem Staatsanwalt Hölder ab. Es gelang den Angeklagten von der Noten-Hilfe gestellte Verteidigung, das Gericht zu zwingen, am Montag die Beweisaufnahme noch einmal zu eröffnen, um einen Schriftsachverständigen über einen angeblichen Brief Hanbeneckers zu hören, von dem heute schon feststeht, daß er eine Fälschung ist.

Auf welche Weise der Staatsanwalt Hölder zu diesem gefälschten Brief als "Belastungsdokument" gekommen ist, wird sich darüber höchstens auch aufläufen lassen. Wobei die Frage der Untersuchungsmethoden dieses Staatsanwalts, der wie ein Völknergigant in die Zelle des Angeklagten gegangen ist, sich dort als Verteidiger vorgestellt hat, der geisteskranker, hysterische Lügner durch Zeugung von "Zeugengeld" und Zigaretten dazu bringt, Schwimmen gegen die Jungkommunisten zu machen, noch einer besonderen Behandlung bedarf.

Dresden Reichsbannerführung will:

Reichsbannerarbeiter sollen zu Hilfs-truppen der Polizei gepreßt werden!

Hörsings antikommunistisches Gassispiel in Dresden

Dresden, den 13. Oktober.

Am Sonnabend sprach Hörsing, Bundespräsident des Reichsbanners, in Dresden. Nachdem eine kriegervereinsmäßig aufgelebte Reichsbannerbrigade mit Theaterbonner, Belebungseffekten und nationalen Phrasen für den Schutz der Republik geworben hatte, trat Hörsing an das Rednerpult, um in einer Rede, die eine Spitzeleistung an politischer Primitivität war, das wahre Gesicht der Feinde der Republik zu behandeln.

Die "Gesichtsmassage" Hörsings begann mit der Anrede "Meine Damen und Herren!" Sie war ganz auf die durch Interesse im Dresdner Anzeiger hergelaufenen bürgerlichen Verhältnisse beschränkt. Was Hörsing eingang seines Referats sagte, ließ darauf hinaus, festzustellen, daß die republikanische Front nichts getan habe, um die faschistische Bewegung niederzuwerfen. Hörsing stellte für die republikanische Front fest: "Wir haben unsere Pflicht und Schuldigkeit nicht getan." Das Tolle hörte man es freilich anders.

Nachdem Hörsing in kurzen Worten die "Gegner" der Republik, zu denen er die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei zählt, erwähnte, wandte er sich den "Feinden" der Republik zu, zu denen er die Deutschnationale Volkspartei, die Nazis und die politisch albernen Kommunisten rechnet. Den Deutschnationalen wußte er nicht viel ins Stammbuch zu schreiben, nur, daß er manchmal mit Herrn Hagenberg zusammen in einem Eisenbahntupper sitze und dasselbe denke wie der.

Die Nazis bezeichnete Hörsing als Partei des politischen Betrugs, und "dem Himmel sei's gelaut", daß es Arbeiter gebe, die zu der NSDAP lieben". Aber Hörsing schwang sich sogar zu starken Tönen gegenüber den Nazis auf, erklärte er doch unter dem Beifall des Reichsbannerproleten, er könne Herrn Hitler verraten, wenn in Deutschland Köpfe in den Sand rollen würden, dann würde Herr Hitler in manch verzerrtes, aber nicht unbekanntes Gesicht blicken. Hierauf forderte Hörsing Erfüllungspolitik, da der Youngplan gegenüber dem Deutschenplan doch eine jährliche Zahlungsminderung von 540 Millionen Mark bedeute.

Den Mittelpunkt seiner Ausführungen zur "Abwertung" der politisch albernen Kommunisten bildete, wie wir voraus sagten,

eine stupellose und nicht einmal besonders vorsichtig angelegte Rußlandhege.

In Rußland betrage der Lohn für einen qualifizierten Arbeiter 24 Pfennig pro Stunde (!), und die Sowjetregierung habe erst vor wenigen Tagen verkündigt, daß die Arbeitslosenunterstützung restlos abgebaut werde.

Es verwunderte nach diesem Ausfall gegen die Union der sozialistischen Sozialrepubliken durchaus nicht, wenn Hörsing am Schluss seines Referats an die Regierenden (Brüning) appellierte: "Wir fordern, daß uns diese Republik erhalten bleibt!" Zum Schluß der Republik sei ein hartes Reichsbanner notwendig, und kein Mitglied der SPD, der Demokraten und des Zentrums dürfe sich für gut halten, die Windecke anzuziehen. Damit war das wahre Gesicht der Feinde der Republik enthüllt.

Als im Anschluß an Hörsings Referat der Versammlungsleiter seinen abschließenden Worten darauf hinnahm, daß das Reichsbanner in Zukunft die Polizei unterstützen werde, erhob sich in den Reihen der anwesenden Reichsbannerleute unwilliger Widerstand, zumal die Worte unmöglichlich auf ein Vorgehen gegen die Kommunisten hinzielten.

Arbeiterantwort an Hörsing

Unmittelbar nach Hörsings Aufführung trat ein Reichsbannerarbeiter zur Antifa über und demonstrierte plakativ, wie ehrliche Arbeiter die Verräte der SPDFührer beurteilen.

Massenstreik gegen SPD

Gelbst Seifen-Künstler zieht nicht mehr klägliche Lustarten-Demonstration

Berlin, 13. Ott. (Eig. Drahtbericht.) Die geistige Demonstration der SPD im Lustgarten, die ein Riesenplateau 4 Tage lang angekündigt wurde, war vor etwa 18 000 zu 20 000 Menschen beläuft und sollte eine "Kampfdemonstration" sein, war in Wirklichkeit aber ein Sonntagabendmittags-spaziergang gut angezogener Kleinbürger. Auffallend war die Mäßigung zahlreicher Parteiveteraner, die in derartig ansehnigter roter Fahnen und Fühlteilen. Damit sollte nach außen hin der Eindruck erweckt werden, daß die Berliner Führer auf einmal wieder "radikal" werden. Dementsprechend waren auch die Ausführungen Löbes, vor den Nazis die "eiserne Faust der SPD" zeigen will, aber andauernd von Demokratie, Patriotismus und Sozialismus gesetzte. Seifen-Künstler schloß die Kundgebung mit den Worten, "was die SPD am 9. November 1918 versäumt habe, das sollte sie jetzt nachholen". Die Ausführungen Löbes und Künstlers hatten den Zweck, die Berliner Arbeiter über die Unterstüzung der Brüning-Regierung durch die SPD hinwegzutäuschen und einzunebeln. Der klägliche Besuch der Kundgebung zeigt das Mißlingen dieses Planes.

Arbeitermangel in Rußland!

Riesenerwerbslosigkeit und Zwangsarbeit in Deutschland — SPDPresse und Hitler-Journalist Arm in Arm in antisowjetischen Sumpfs

Mit verdächtigem Eifer verkünden die antisowjetischen Lügenorgane von der SPD bis zur Nazipresse, daß die Sowjetunion keine Erwerbslosenunterstützung mehr bezahlt. Und der "Völkische Beobachter" sagt: "Jetzt soll die KPD noch über das 'Paradies der Arbeiter' erzählen". Dieser erneute Hetze gegen das Patriarkat des Proletariats und aller Unterdrückten liegt folgende Messung zugrunde:

Moskau, 10. Oktober. (Tass) Starke Mängel an Arbeitskräften in einer Reihe von Zweigen der Wirtschaftswirtschaft veranlaßte das Arbeitskommissariat, die Versicherungsfasseln anzusehen, allerorts die Auszahlung von Erwerbslosenunterstützungen einzustellen. Der Sozialversicherungsrat wird Unterstützungen von Erwerbslosen nicht mehr erlauben.

Die Sowjetunion konnte wieder einen großen Schritt vorwärts tun. Röhrer als im Fünfjahrsplan vorgesehen ist, konnten die Beträge für die Unterstützung der Arbeitslosen im Budget geteilt werden, weil die Arbeitslosigkeit vollkommen liquidiert ist. Die Millionen, die in den letzten Jahren vom Dorf in die Stadt gestromten ungeliebten Arbeiter sind ausgebildet,ilden bereits ein Rädchen im Rückengetriebe des sozialistischen Aufbaues. Trotzdem besteht in einigen Industriezweigen noch starker Mangel an Arbeitskräften. Eine freiwerdende Arbeitskraft kann sofort wieder eingereiht werden.

Genosse Gustav Menzel

Wir erhalten die erschütternde Mitteilung, daß unter alter Kampfkunst, der dem gehannten deutschen Proletariat als "Kunsthaus" bekannt genossen Gustav Menzel in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in Berlin einem Herzschlag erlegen ist.

Ein Leben voll unermüdlichen Kampfes und treuer Pflichterfüllung gegenüber der Arbeitersklasse ist zu Ende.

Gustav Menzel ist 83 Jahre alt geworden und hat trotz dieses hohen Alters und seiner seit langen Jahren bestehenden schweren Herzkrankheit seine Pflicht bis zum leichten Augenblick erfüllt. Er starb mittwoch im Dienste der Arbeiterbewegung. Kind eines kleinen Waldbauern, machte er sein Leben lang aus die bittere Not durch, die die Angehörigen der proletarischen Klasse heute noch durchleben müssen. Schon während des Sozialistengeschehens stand er in den Reihen der Arbeiterklasse. Gehetzt und gejagt, gab er nie seine Überzeugung auf. 1919 wurde er Mitglied der Nationalversammlung und gehörte seitdem ununterbrochen dem Preußischen Landtag an. Tausenden von proletarischen Gefangen und ihren Familien hat er in dieser Zeit geholfen. Kaum besonders erschütterte seine geschwächte Gesundheit die Nachricht vom Tode seines Sohnes Ferdinand Menzel, der auf der Zeitung Hollnow auf tragische Weise ums Leben kam. Ein treuer Genosse ist nicht mehr.

Die Kommunistische Partei und mit ihr das ganze revolutionäre Proletariat danken die Jahn!

Gigantisch sind die Errungenheiten, die die russische Oktoberrevolution dem 150-Millionen-Volk gebracht hat. Eines der größten Verdienste aber ist die völlige Befreiung der Arbeitslosigkeit zu einem Zeitpunkt, wo sie Millionen und über Millionen von Arbeitern in den kapitalistischen Ländern zur Verzweiflung treibt.

Wie anders aber liegen die Dinge in Deutschland? Die deutsche Bourgeoisie hat "große Pläne" mit den Arbeitslosen vor. Der Minister Trebitsch erklärte gegenüber:

Das Reichsobamt wird einen neuen Plan zur teilweisen Lösung der Arbeitslosenfrage durch Einführung der Arbeitspflicht durchführen. Der jetzige Entwurf sieht die sofortige Einstellung von rund 50 000 Erwerbslosen vor, die auf Kurzarbeit in staatlichen Unternehmungen aufgestellt finden sollen. Es handelt sich bei diesen Arbeiten um die Trockenlegung der Sumpfe in Preußen, den Bau von Dämmen und Deichen im mitteldeutschen Raum, den Bau der Magdeburg und um den Straßen- und Siedlungsbaus. Der Plan sieht einen durchschnittlichen Monatslohn von 100 Mark für jeden Arbeiter vor, was der Summe, die er als Hauptunterstützungsempfänger erhält, entspricht.

Die Erwerbslosen sollen also die Sumpfe des kapitalistischen Deutschlands urbar machen und zu Hunderttausenden unter militärischem Kommando für einen Hungerlohn von 25 Mark wöchentlich verflasten werden. Die Zwangsarbeit, die Arbeitsdienstpflicht, das zwangsige Programm der Nazis soll durchgeführt werden. Und die antisowjetische Presse versucht, durch ihre Hetze gegen die Sowjetunion, die einen großen Schritt vorwärts durch die vollständige Liquidierung der Arbeitslosigkeit gemacht, die Arbeitslosen Deutschlands für die reaktionären Pläne der deutschen Bourgeoisie gezwungen zu machen.

Am Sonnabend und Sonntag fand eine Konferenz des Landesauschusses Sachsen der Jugendverbände statt. Auf dieser Konferenz wurde von dem Wirtschaftspolitiker Wilhelm ein großes Referat über die Arbeitsdienstpflicht gehalten. Das also ist die "Jugendhilfe" dieses faulen Landesauschusses, das also das Jungproletariat zu militärischer Zwangsarbeit treiben will. Ausdrücklich hat der reaktionäre Dr. Wilhelm auf das "Beispiel Bulgarien" hingewiesen.

Die SPD-Presse und die Nazis werden es trost aller Lügen nicht fertig bringen, die gewaltige Erfolge des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion herabzuwürdigen und zu kleineren. Das revolutionäre Proletariat aber, und besonders die Erwerbslosen, werden noch energischer als bisher an der Herstellung einer einheitlichen Kampfsfront der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen wirken, um im Kampf für ein Sowjetdeutschland dem kapitalistischen Elend und den verbrecherischen Plänen der Bourgeoisie und ihrer Herrscher ein Ende zu machen.

Rampe halb und halb kommt angetrotte

Berlin, 13. Ott. (Eig. Drahtbericht.) Um hinter den Nazis nicht zurückzubleiben, hat zum Zusammenschluß des Reichstags auch die deutsch-nationale Fraktion einen Militäraufruf angesetzt gegen die Brüning-Regierung einschließlich sowie einen Antrag, die Gememöder sofort freizulassen.

Macdonald als „Arzt des leidenden Kapitalismus“

Der Parteitag der Labour Party im Zeichen der Gärung der sozialdemokratischen Arbeiter

London, 11. Oktober. Der gestern zu Ende gegangene Parteitag der Labour Party, den die Sozialdemokratischen in Maudlin in Wales in außerordentlich gespannter Regie unter Anwesenheit jüngstig geführter Delegierter abhielten, zeigte doch bläsig die tiefe Unzufriedenheit und Wärme, die in den Reihen der Arbeitermittelglieder über den fortlaufenden Vertrag der Macdonald-Regierung an den Arbeitertarifvertrag herauwächst.

Die Konferenz zeigte ihre Unzufriedenheit mit der allgemeinen Lage, aber es war deutlich zu erkennen, daß keine wirkliche revolutionäre Opposition vorhanden war, und daß keiner der Delegierten eine klare politische Linie gegen die offizielle Linie vorbringen konnte.

Die Rede Macdonalds auf der Konferenz der Labour-Party war offener kapitalistisch als die gewöhnlich auf solchen Parteikonferenzen gehaltenen Ansprachen. Macdonald betonte besonders, daß es seine Aufgabe als Premierminister sei, dem Kapitalismus wieder auf die Beine zu helfen. Er sagte: „Mein Glaube war die Evolution, die Evolution, ganz so angewandt, wie der Arzt als Wissenschaftler seine Krankheit und seine Kunstfertigkeiten dem schwachen und leidenden Körperteil (1) zugute kommen läßt.“ Er gab damit offen zu, daß er es als seine Aufgabe betrachte, den „leidenden und schwachen Körper des Kapitalismus“ mit neuen Kräften zu beleben. Zur Arbeitslosigkeit sprechend, führte er aus, daß die Delegierten ein „größeres Gefühl von Stolz (1) darüber“ an den Tag legen sollten, daß die Dinge nicht noch schlimmer wären, als sie sind.

Die „lange Perspektive“ der Regierung bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit besteht darin, „die Industrie so auszurüsten, daß sie sich halten kann“; die große Tat jeder konstruktiven Regierung muß darin bestehen, die Brüderlichkeit auf das Land zu bringen. Danach hatte er die Universalität zu sagen: „Ich wünsche, es gäbe mehr Freude der Art, die an der einfachen und bescheidenen Lebenshaltung festhalten, als das in unseren heutigen etwas degenerierten Tagen der Fall ist, was den Luxus anstreift.“ Diese Forderung an die Arbeiterschaft stellt Macdonald auf, während gleichzeitig eine Steigerung des Gehalts des Premierministers von 100 000 auf 140 000 Mark gefordert wird, wobei er noch ein recht beträchtliches Nebeneinkommen hat!

Die Delegierten aus Lancashire waren mit der Lage nicht so zufrieden, wie der Premierminister. Roemuth vom Weberverband wollte wissen, welche Vorschläge des Kabinetts gemacht habe, um die durch die Nationalisierung erfolglosen Arbeitskräfte sicherzustellen.

Die ICP brachte ihr Todesvotum ein, während sie gleichzeitig nachdrücklich für die Unterstützung der Labour-Regierung auftrat. Sir Oswald Mosley, der Sprecher der Unabhängigen, trug einen großen Erfolg davon, denn er erhielt 1 046 000 Stimmen für seine Vorschläge gegen 1 251 000 für die offizielle Parteianhänger.

Bei der Neuwahl des Exekutivausschusses ist der jetzige Arbeiter- und frühere Kolonialminister Thomas durchgefallen. Thomas landete nicht auf der politischen, sondern auf der Gewerkschaftsliste, konnte aber von den drei Millionen Gewerkschaftsstimmen nur etwa 800 000 auf sich vereinigen. Gleichzeitig wurde Oswald Mosley, der phrasenhafte Sprecher der ICP, der früher im Kabinett Macdonald Arbeiterminister war, in den Parteiausschuss gewählt.

Rumänisches Parlament vertagt

Bukarest, 11. Oktober. König Carol hat durch Dekret das Parlament um 30 Tage bis zum 15. November vertagt.

Der neue Ministerpräsident Mitroescu erklärte Pressevertretern, daß die Regierung sich mit Rücksicht auf technische Fragen und die Vorbereitung der geplanten Gesetzesvorschläge veranlaßt gesehen habe, diese Vertragung des Parlaments zu fordern.



(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

12. Fortsetzung.

„Wir waren in der Stadt, Schläge hat's dort gegeben! Halbtot gehauen sind wieder ein paar!“

Die Stühle wurden geräuschvoll näher gerückt. „Ham je gefnallt?“

„Und wie! Mit Handgranaten und Maschinengewehren haben sich die Grünen Lust gemacht, sonst hätt's bald was geben!“

„Und da will man von Abbruch des Kampfes reden!“ entzündete sich einer.

„Die Grünen sagen, sie wären neutral!“ ein zweiter.

„Begink sie dir! Die Freien reden anders! Ihre Neutralität ist Schwundel!“ Franz Raup machte die Gebärde des Offiziers nach, der bei dem letzten Zusammenstoß reinfallen ließ. „Straße frei!“ „Wir haben Platzsteine genommen, eine gehauen, aber gegen die Saubande kommt du damit nicht an! Krach... krach... bum... dumbum... und sie lagen und brüllten! Selbst Weiber!“

„Hunde!“ schrie ein junger Lehrhauer auf. „Hunde, es bärme!“

„Den Frei hätten sie bald für immer erlebt!“ erzählte nun Franz Kreuzat und zeigte auf seinen stumm gewordenen Kameraden. „In der Biehöfer Straße gerieten wir dazwischen.“

Die brasilianischen Arbeiter im Kampf

Die Bundesregierung bestellt Bombenflugzeuge in USA.

New York, 11. Oktober. Die Bundesregierung von Brasilien hat beim Staatsdepartement der Vereinigten Staaten um die Lieferung von Bombenflugzeugen ersucht. Gleichzeitig hat sie die Einjahres ausländischer Kriegsschiffe in ihre Häfen freigegeben.

Ein Anspruch aus Rio Grande do Sul teilt mit, daß die aufständischen den größten Teil Brasiliens mit Ausnahme von Rio de Janeiro und einigen größeren Städten in São Paulo in Händen haben.

Die Entwicklung der entzündenden Machtkämpfe des englischen und amerikanischen Imperialismus um die Herrschaft Brasiliens scheint gekennzeichnet zu sein durch die gleichzeitige Entwicklung der Agrarrevolution gegen die halbseulden Großgrundbesitzer und der Klassenkämpfe des Industrieproletariats, das als „dritte Macht“ bereits seine geschichtlichen Forderungen aufgestellt hat.

Die Meldungen bürgerlicher Agenturen sprechen bereits von der „Plünderei“ amerikanischer Geschäftshäuser und von der Verstärkung von Bantam usw.

Die werktätigen Massen leben am meisten unter der bereits lange anhaltenden Krise. Durch den Sturz der Kassepreise am Weltmarkt seit Mitte vorigen Jahres (etwa 60 Prozent) sind die Löhne der Plantagenarbeiter, die die Mehrzahl des brasilianischen Proletariats ausmachen, bis zu 50 Prozent gesunken. Millionen hat die Arbeitslosigkeit in noch größere Not gestürzt. Die Preise für alle Lebensmittel sind jedoch im Vergleich zu 1913 um das Dreifache gestiegen und ziehen infolge des tiefen Milieukurses noch weiter an.

Die Börsenhaie zittern

CP. New York, 11. Oktober. Ein neuer schwerer Kurzsturz ist gestern an der New Yorker Börse zu verzeichnen gewesen. Zahlreiche Aktien erlitten den niedrigsten Stand seit ihrer Notierung an der Wallstreet. Die Verkaufsorders trafen in Massen ein. Fast 6,3 Millionen Aktien haben ihre Besitzer gewechselt. Der Index für Industriepapiere, der vor einem Monat noch 245,09 betrug, ist gestern auf 198,28 gefallen.

Die Blätter berichten aus allen Landestellen über Selbstmorde von Wallstreet-Spekulanen, die in den letzten Tagen riesige Verluste erlitten haben.

Die Arbeiterkandidaten bei den Wahlen in Polen

Warschau, 10. Oktober. Zu den Sejmwahlen in Polen wurden insgesamt 20 Listen eingereicht.

Das antikommunistische Arbeiter- und Bauernlager wird durch folgende Listen repräsentiert: 1. Arbeiter- und Bauernvereinheit, 2. PPS-Linke, 3. die revolutionäre Bauernorganisation „Selbsthilfe“, 4. der ukrainische „Sel.-Rov.“, 5. die weithinige „Magazinaria“.

Die Liste der „Arbeiter- und Bauernvereinheit“ hat einen ausgesprochen proletarischen Charakter. An den ersten Stellen kandidieren Arbeiter: Burzynski aus Warschau, Łączak, Bahnarbeiter, gewesener Abgeordneter, Kalaga, Metallarbeiter aus dem Dombrowska-Raion.

Auf der Liste der Arbeiter- und Bauernvereinheit kandidieren die gewesenen kommunistischen Abgeordneten Sochacki, Witner, Rozek, Supula, Stegla, der gewesene Abgeordnete der „Unabhängigen Bauernpartei“ Wojciechowski u. a.

Die polnischen Sozialdemokraten (PPS) gehen zu den

Große Teile dieser werktätigen Massen leben unter Führung der Kommunistischen Partei Brasiliens bereits klar die wirtschaftlichen Ursachen ihres Elends. Sie werden sich nicht damit begnügen, der einen oder der anderen imperialistischen Macht zum Erfolg zu verhelfen, sondern weiter vorstoßen im Kampf um ihre eigenen Forderungen. Es ist wahrscheinlich, daß die wirklich revolutionäre Bewegung unter Führung der AP. Brasiliens bereits in den jetzigen Kämpfen wesentliche Erfolge erzielt.

Streifführer vor Kriegsgericht

Spanien im revolutionären Brand

Madrid, 11. Oktober. Die Nachrichten von den bevorstehenden Sondergesetzen gegen Streiks hat den Kampfgeist der spanischen Arbeiter wiederum gewaltig gesteigert.

In Valencia ist trotz des herrschenden Belagerungszustandes der Generalstreik ausgerufen worden.

Die Arbeiter- und Angestelltenverbände von Sevilla haben einen 24-stündigen Sympathiestreik mit den Streikenden von Málaga angezettelt. Die Bauarbeiter von Granada treten am Montag in den Streik.

In Málaga in Nordspanien kam es am Freitag zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Arbeitern. Hierbei wurde ein Arbeiter getötet, mehrere weitere Personen wurden verletzt. Besonders heftigen Widerstand leisteten die Arbeiter der faschistischen Bürgergarde entgegen, die als Hilfspolizei der Polizei kämpfte.

An verschiedenen Orten wurde die Verhaftung von Arbeitersführern verhindert. Die Streikkomitees sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Wahlen im Block mit den katalanischen Bauernparteien und mit der nationalistischen Arbeiterpartei. An der Spitze dieses Blocks steht der Matador Dalzant.

Gegen die imperialistische Balkanfront eren

Anlässlich der imperialistischen Balkankonferenz richtete die Betriebskonferenz der Waggonfabrik „Astra“ in Arad (Rumänien), folgende Begrüßung an die Werktäglichen Griechenlands:

„Die am 1. Oktober 1930 tagende Konferenz der Waggonfabrik „Astra“ in Arad schlägt im Namen der 3000 Arbeiter des Betriebes folkländliche Grüße dem griechischen Proletariat anlässlich seines Kampfes gegen die Athener Konferenz der faschistischen und imperialistischen Bourgeoisie des Balkans, die gegen die Sowjetunion, das sozialistische Vaterland des internationalen Proletariats, gerichtet ist.“

Es lebe der gemeinsame revolutionäre Kampf des Balkan-Proletariats!

Nieder mit der faschistischen Diktatur der Balkanbourgeoisie!

Nieder mit dem antisowjetischen Balkanblod!

Es lebe die Sowjetunion, das sozialistische Vaterland des internationalen Proletariats!

Es lebe die Balkansöderation der Arbeiter- und Bauernrepubliken!“

Kapitalistischer Wahnsinn!

Prag, 10. Oktober. Im Karpatho-Rußland ist der Anbau von Tabak an eine behördliche Bewilligung gebunden, die von zahlreichen Tabakbauern nicht eingeholt wurde. Man beantragte nun die tschechoslowakischen Feldpolizei damit, solide unerlaubten Tabakpflanzungen ausfindig zu machen und sie zu vernichten. Der Befehl wurde ausgeführt. Auf die Weise sollen in der letzten Zeit in Karpatho-Rußland nicht weniger als 8000 Tabakpflanzungen vernichtet worden sein.

„reden hast!“ — brummte auch der und Joh Mahler vorwurfsvoll an.

„Los, geht hinaus! Wir werden euch schon rufen, wenn wir euch brauchen!“ — Mahler wartete hartnäckig.

Es waren über fünfzehn junge Leute, Schlepper und Hauer aus dem Ledigenheim. Ein Parteigenosse, der den Michel kannte, hatte ihn eben verläßt. Er hatte in dem guten Glauben gehandelt, daß keiner von der Partei etwas einzuhören habe.

„Dann geh ich auch! Gottverdammich, wenn's jetzt schon so geht, dann ist's im voraus ein Dreck!“ erregte sich der.

Krach! Stog die Tür zu. Die übrigen, die dringeblichen waren, beschwirten nun den Vertrauensmann mit Vorwürfen.

„Du hast nur alle herausgeklett, die man brauchen konnte!“

„Mir geht auch doch erst hin und hastet die Tressle, zum Donnerkreis! Wenn es um Kopp und Kragen geht, dann sieht man sich tot! Ich habe keine Lust, mich vor der Zeit abknallen oder totprügeln zu lassen! Rude, Genossen!“

Die Auseinandersetzung ebte ab. Franz Kreuzat stieß seinen Freund mit dem Ellbogen an: „Es geht los, pah auf!“

„Mit dem Maul!“ knurrte Raup.

„Kommt näher“, wintzte Mahler, „es ist eine verfluchte Geschichte! Es geht um keinen Piepenkopf! Wir werden heute nachts mit angreifen müssen.“

Sie hatten alle so etwas erwartet. Die Nachricht jedoch verschlug ihnen für eine Weile die Sprache.

„Na, Willi, sohl uns nichts vor!“ sagte ein älterer Kumpel heiser.

Fritz Raup glaubte auch nicht ernsthaft daran.

Jupp Jermak, zu dem sich Mahler hingebeugt und ihm etwas zugeschürtte hatte, übernahm das Wort: „Was mit Willi ergäbe, sagt bestimmt, daß wir diese Nacht mit anpacken müssen!“

Mahler brüllte mit einem Kopfnicken: „Der Viehdorf, Genossen! Die Grünen haben den besetzt. Wir sammeln uns um ein Uhr in der Wohlentuhle. Von da aus teilen wir uns, ein Teil geht bis zur Goldschmidtbahn, der andere Teil über den Bahndamm über und greift vom Sägewerk an. So muß es gehen!“

Die Gesichter wurden starr. Schentes rotverbranntes Gesicht fürzte sich vor Auseinandersetzung violettt.

(Fortsetzung folgt)

Freital-Puschoppel

Oskar Häßner
Fernsprecher 369
Untere Dresdner Str. 46
Feinkost
Fische
Konserven

Haus- und Küchengeräte
Robert Luft Untere Dresdner Str. 80
6166

Nobis-Lüftlerei Curt Siering
Untere Dresdner Straße 101
6164

Stoffe- und Wollwaren
Hermann Wagner
Untere Dresdner L. 106 27

Hempels Bier- und
Speiserestaurant
Stahlheralle
Untere Dresdner Str. 72
6168

Damen-Kleider-Salon
Marg. Reinert, Coschütz Str. 30
6168

Woll- und Wollwaren
Hermann Weißer, Burgwitzer Str. 5
6169

Kleidermeister Hugo Göhler
Nobis-Lüftlerei Straße 2
6172

Max Schachig, Coschütz Str. 49
Bier- und Wurstwaren

Café u. Restaurant "Bürger-Kino"
Untere Dresdner Straße 74
6168

Richard Horn Unt. Dresdner Str. 97
Haush- und Küchengeräte

Schuhhaus Pilcher
Untere Dresdner Straße 106
7217

W. Schrauder, Federhandlung, Freital 1
Untere Dresdner Str. 84, Federwaren
Mitglied des Nobis-Lüftlerei

Bannewitz
Fleisch- und Fleißheres
Marg. Kirschen, Hauptstraße 68
7004

Großhof Nöthnitz
Eig. Metzgerei, Fab. Koch, Hauptstraße 7
7005

Elma Roth, Hauptstraße 9
Manufakturwaren

Zigarettenpezialgeschäft
Fab. Blasewitz, Hauptstraße 37
7006

Großhof Bannewitz, Hauptstraße 30
Fleischfutter der armen Arbeiterschaft

Louis Schlösser, Hauptstraße 52
Bäckerei und Konditorei

Bidde Müller, Borsigstraße 10
Brot- und Kuchenwaren — Käsewaren

Metzgerei — Fleischfutter
Fleisch- und Wurstwaren
Karl Wolf, Bergstraße 3
7015

Georg Schäfer
Fleischerei
Hauptstraße 36
7007

Brand-Erbisdorf

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Georg Seifert, Dorfstraße 78
6170

Grüns- und Frischwarengeschäft
Rudolf Gressmann, Hauptstraße 89
6168

Weiß- und Feinbäckerei
Paul Stade, Hauptstraße 91c
6167

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Oskar Gramm
Reines Roggentrotz

Brot- und Feinbäckerei
Marg. Burkhardt, Hauptstraße 106
6164

Kolonialwaren und Delikatessen
Fritz Lange, Hauptstraße 80c
6162

Hamburger Kaffee-Lager
Hauptstraße 102
6166

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Otto Lehmann, Hauptstraße 184
6161

Lebensmittel
Bruno Löschner
Dorfstraße 7c

Motoren- und Fahrräder sowie alle
Reparaturen, Fahrräder, Kl. 1, 2 u. 3b

Schörgenhofer & Weber
Inh. Kurt Meier, Hauptstr. 102d
6162

Besuch die Astoria-Lichtspiele
6171

Freital-Döhlen

Otto Silbermann, Hauptstr. 8, Zweiggeschäft
Untere Dresdner Straße 12 und 77
6167

Paul Hermann, Unt. Dresdner Str. 83
Manu qmwaren

Leinen- und Käderfettelen
6166

Hnulik

das führende
Herren-Moden-Haus
Gegenüber der Hofmühle
5 Prozent Rabatt

Carl Paul
Inhaber Walter Baer
Untere Dresdner Straße 56

Manufaktur- und Modewaren
6171

Otto Reinert, Malermeister
Untere Dresdner Straße 31, I.

Gartenbaubetrieb
Blumen- und Pflanzenversand
S. Jähns, Wilsdruffer Straße
7014

Gustav Döring
Steinkohlen, Briquetts
Kartoffeln, Torfmull
samt Futtermittel

Osvald Ulusner
Futterwaren 27
6171

Reserviert

Fleisch- und Wurstwaren

Ernst Schöne, Burgwitzer Straße 60
Futterkohlenlager, Mitgl. d. Rennabteilung
6172

Tharandt

Baum-Wenzel, Wilsdruffer Str. 34
Brot- u. Käsemittel — 5 Prozent Rabatt
7217

Felix Petzold
Markt 35
Manufaktur-, Modewaren, Konfektion

Rittergut Tharandt
Tel. 456. Schloss Tharandt Tel. 456
Rittergut — Milchfutterfabrik
Julius Hahn, Butter, Wilsdruffer Straße 1
7017

Rabenau

Metzgerei Gengelheim, Hauptstraße 2
Zuden Sonstige Unterhaltungsgüter, Ver-
einigung, Gasthof, Bistro, Wein, Telefon 384
7002

Weiß- und Feinbäckerei Max Burkerl
Bismarckstraße 3
7011

Stadt-Drogerie Rabenau
Metzger Heinrich, Bismarck 289
7012

Freiberg

Fahrräder, Räuchermühlen,
Wringmaschinen und Spielwaren
Wittner, Erdbechtz., 23
7082

Dippoldiswalde
Kolonials- und Grünwaren
6. Büros, Herrenstoffe 100
7069

Fahrräder und Kohlenhandlung
Wittner, Oberort 141
7070

Kohlen- und Tiefbohrfirma
Wittner, Zinnermann, Oberort 38
7071

Lebensmittel, Molkereiprodukte
Wittner, Ritter, Wilsdruffer Straße 24
7218

Herrenkonfektion, Arbeiterkleidung
W. Kahle
Karlsruher Straße 80

Geibnäder Olgia verm. Kunze
Nahe Stein 21
7205

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Richard Burghardt
Mainzer Straße 8
7209

Lausa

LINDENHOF
Verkaufsstätte der Arbeiterschaft @ 6 Minuten
vom Bahnhof, Endstation der Linie 7 @ I. am A. Gabler
6173

Gasthof zum Heiteren Blick
Angenehmer Ausflugsort mit Garten
M. Pretzsch

Heide-Drogerie
empfiehlt Brot, Saucen, Salate und Vieles
H. Riebler, Königstraße 60
6162

Klozsdie

Brot- und Feinbäckerei
E. Wirths-Nacht, E. Hartig
Hauptstraße 63
6162

Kohlenhandlung
Georg Groß Haupt-
str. 12
7067

Freital-Deuben

Gärtner Gustav Niegold
Untere Dresdner Straße 34
7216

Central-Apotheke
Allopathie, Homöopathie, Biochemie
Umformung lärmfester Rezepte
Lieferant für alle Krankenkassen
6169

**Wittig, Volks-, Paradies-, Wachs-, Öl- und
Kinder-Wässerchen / Freitaler Badewannenfabrik**
Gutsbetriebe, 1/3 / Oberort, Wilsdruffer Straße 11
Anreisezeit: Bei Vorzeigen 10, Sonderrabatt
7013

Freital-Zauderode

Schuh- und Filzwaren
Wittner, Wilsdruffer Straße 9
6174

Café Zimmermann
Wittner, Wilsdruffer Straße 128
6175

**Hausdruckerei Fleisch- u. Wurst-
waren, Produkten u. Grünwaren**
Ebmund Schneider
Wilsdruffer Straße 71
6176

Reinb. Weber 6. Brot- u. Wurstwaren
Wilsdruffer Straße 128
6177

Gittersee
Schnitt- und Weißwaren
Marie Raumann, Dresdner Str. 86
7015

Bäckerei und Konditorei
Th. Führmann, Dresdner Straße 63
7016

Eulen-Apotheke Gittersee
Fernsprecher Dresden 4016
Folix Bayrodt
7225

Hoinsberg
jeden Sonntag feiner Ball
Saal für Wanderverabende geeignet
Günstige Autoverbindung nach Döbeln aus
Ruf 2322 Ruff 2322

Kohlen — Holz — Briketts
Hugo Hänsgen, Dresdner Str. 25
7018

Dresden-Leuben
Uhrmacher Max Klopfer
Wittner Landstraße 152
6180

Friedrich Kleemann
Samen
Futtermittel
Gartengeräte
Düngemittel
Fittner Landstraße 153 Torfmull
6179

Brot-, Obst- und Feinbäckerei
August Kriegel, Döbeln-Fürstenwalde
Weißeritzgäßchen 5
6192

August Kriegel
Futtermittel
Schnitzblumen
August Kriegel
Weißeritzgäßchen 5
6192

Drogerie Schäfer
Lichtensteinstraße 6
Drogen — Farben — Foto
6201

Karl Oppig, Stephanstraße 50
Bäckerei u. dem. Kleidung
Dresden-Plauen, Plaustraße 58
6181

Dresden-Coschütz
Gothaer Höhe, Ausflugslokal
Fahrradsegelbahn und viele Vereinsräume
7227

P. Thoms, Strumpfmaker, Herrenstoffe
Tröstungen
E. Thoms, Wilsdruffer Straße 6
7212

Lebensmittel, Molkereiprodukte
Wittner, Ritter, Wilsdruffer Straße 24
7218

Herrenkonfektion, Arbeiterkleidung
W. Kahle
Karlsruher Straße 80

Geibnäder Olgia verm. Kunze
Nahe Stein 21
7205

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Richard Burghardt
Mainzer Straße 8
7209

Reiserviert
6113

Wittner Wässerlein
Fritz Wehner, Pirnaer Straße 8
6170

Erste Radeberger Markthalle
G. Schmidt, Pirnaer Straße 41
6179

Bettwäsche und Herrenstoffe
Herrn und Herrenstoffe
G. Schmidt, Pirnaer Straße 41
6179

Konfektionshaus Rudolf Lederer
Hauptstraße 45
6162

Woll- und Textilwaren
wie Arbeitskleidung aller Art
von Armin Seidel, Markt 15
7175

Großbazar
Das Beste und Beste in Neu-Geschäftsmannschaften
und Reparaturen — Saalstraße 34
6167

Möbelwerkstätten
Ottó Görner & Söhne
Mühlstraße 20/21
6168

Otto Görner & Söhne
Mühlstraße 20/21
6168

Georg Groß
Hauptstraße 12
7067

Freital-Deuben

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei</

Metallarbeiter, Alarm!

Der Schanddiktat sprach, den der Sonderrichter für die Berliner Metallarbeiter färbte. Es ist die gesamte deutsche Arbeiterschaft ein ernstes Warnungssignal, ein Mahnmal, aus dem Klassenkampf herausgetreten und zum Gegenstoß gegen die Unternehmer zu schreien. Das, was man in Berlin den Metallarbeitern diktierte, soll im ganzen Reich auf Anwendung des Zentrumsmäisters Stegerwald, der die Politik der Hugenberg, Klöckner und Konkurrenten durchdrückt, durchgeführt werden. Lohnraub ist die Parole der Unternehmer und der Brünning-Regierung. Die Arbeiterschaft soll die Züge der dantischen kapitalistischen Gesellschaft zahlen. Die Arbeiterschaft soll es sein, aus deren Knochen man die an das internationale Kapital abfließenden Tributleistungen heraussprengen will. Ein hilfloses Gestammel hat der „Vormärkte“ zu dem Berliner Lohnraub überliefert. Wie ein Blumengräber steht er den Unternehmern an, doch einsichtig zu sein und es nicht auf die Spitze zu treiben. Und die „Dresdner Volkszeitung“, das Organ der „linken“ Phrasen vom Schlagzeile der Del. Arzt Toni Sender und Genossen, weiß nichts weiter zu sagen, als was der „Vormärkte“ stammelt.

Am 15. Oktober soll der Schanddiktat für die 180 000 sächsischen Metallarbeiter gefüllt werden. Dass dieser Spruch genau so wie

der für die Berliner Metallarbeiter einen Lohnraub vorsieht, ist nicht zu bezweifeln. Und so wie in Berlin die Bürokraten des DGB nichts tun, so werden auch in Sachsen die Reformisten außer einem demagogischen Geschrei nichts unternehmen, um die Söhne der Metallarbeiter zu verteidigen und den frechen Angriff der Unternehmer zurückzuschlagen. Ohne die Arbeitergemeinschafts-politik wolle Schanddiktatprüche nicht möglich. Sie sind das Rezitat der Burgfriedenpolitik der Gewerkschaften mit den Unternehmern, jener Politik der Erhaltung und Förderung der kapitalistischen Wirtschaft.

Metallarbeiter Sachsen! Erkennt die Gefahr, die euch droht! Hört den Ruf der Revolutionären Gewerkschaftsopposition! Organisiert eure Kräfte! Schafft die Einheitsfront in den Betrieben! Nehmt euer Schild in eure eigenen Hände! Bildet Streikkomitees! Greift an! Marschiert auf in gemeinsamer Front mit den Gewerkschaften! Verschlagt die faschistischen Streikbrecherorganisationen in den Betrieben! Schafft antifaschistische Betriebswehren und Betriebsgruppen der RGO. Seht den kapitalistischen Schlichtungsinstanzen den Millionenwillen des kämpfenden revolutionären Proletariats entgegen. Organisiert den Streik unter Führung der RGO und schlägt die kapitalistischen Räuber zurück!

Achtung, Kriegsopfer!

Weiterer Abbau in der Rentenversorgung!

Die Reichsregierung veröffentlichte am 10. September eine Reihe von Verordnungen als Ausführungsbestimmungen zu den Rentenordnungen der Brünning-Regierung. Durch diese Ausführungsbestimmungen werden die mit den Notverordnungen geschaffenen Regeländerungen noch erheblich verschärft. Die Notverordnungen enthalten unter anderem folgendes:

1. Die Verrgungsämter werden angewiesen, die Vergangungsstellen aller Kriegereiter und Empfänger von Witwen- und Waisenbeihilfe sofort nachzuprüfen. Diese Nachprüfungen sollen ohne Rücksicht auf das Lebensalter vorgenommen werden und sich besonders auf die Einkommensgrenzen erstrecken. Auch wenn eine geringfügige Veränderung des Einkommens sogar weniger als 1 RM beträgt, soll das nachgeprüft, und wenn die Einkommensgrenzen auch nur um einige Pfennige überschritten werden, soll die Rente entzogen werden.

Das bedeutet, und die Praxis hat es bereits erbracht, daß die Witwen- und Waisenbeihilfe selbst bei Pfennigen Abweichungen entzogen wird. Die Witwen und Waisen, welche den Mann und Vater verloren haben, können verhungern.

2. Die Witwenbeihilfe wird in Zukunft weglassen, wenn daneben noch Witwengeld aus der Beamten-Hinterbliebenenversorgung bezahlt wird. Dasselbe trifft auch zu bei der Waisenbeihilfe. Erwerbstätige Waisen über 15 Jahre, auch wenn sie arbeitslos sind, sollen keine Waisenbeihilfe mehr erhalten.

Damit weitere wohlfahrtswürdige Rechte einer kleinen Beamtenwitwen- oder Waisenpension, welche nur ein paar knappe Mark pro ganzen Monat betragen, zum Verhängnis für die Kriegsopfer.

3. In einem besonderen Erlass (welcher bereits vor der Verrgungsämtern gegangen ist) werden Anweisungen bezüglich der Elternbefreiung gegeben. Nach desselben werden die Einkommensverhältnisse bei der Befreiungserlaubnis durch die Verrgungsämter zugrunde gelegt, nicht aber die Einkommensverhältnisse, welche am Tage der Entscheidung durch die Spruchbehörde zu verzeichnen sind.

Diese Bestimmung ist für die alten Kriegereiter ganz brutal. Wenn beispielsweise in der Ostflotte B in der Kriegszeit eine 50 RM beträgt und der Kriegervater am 31. März 1930 eine wöchentliche Arbeitslohnunterstützung von 15 RM bezogen hat, besteht keine Möglichkeit, ihm die Elternrente anzuprechen, eben weil vom 31.3.30 die Beihilfe unmöglich sind. Die Gerichte haben bereits entsprechende Urteile gefällt.

4. Eine erhebliche Verschlechterung bedeutet es, daß in Zukunft Verrgungsbeihilfen, die auf Grund des § 71 Verf. Ges., oder auf Grund von Kannwohnschäden, oder im Härteausgleich bewilligt werden, nicht mehr wie früher mit dem 1. des Monats bezahlt werden, in dem der Antrag gestellt wurde, sondern erst fristlos mit dem 1. des Monats, in dem die Bewilligung ausgegesprochen wurde.

Das bedeutet in der Praxis, wenn z.B. ein Antrag im Januar 1930 gestellt wurde und bis September 1930 bei den Verrgungsbehörden liegen geblieben ist, daß dann die Nachzahlung der Rente nicht ab 1. Januar, sondern erst ab 1. September beginnt.

5. Erziehungsbeihilfen bei Berufsausbildung über das 18. Lebensjahr hinaus werden künftig nur an Kinder von Beschädigten gewährt, deren Rente mindestens 50 Prozent beträgt.

Das bedeutet, daß die 30- und 40prozentigen Kriegsbeschädigten welche durch die örtliche Witwenhöfe (des Rentenamtes) rechtslos gemacht wurden, keinen Anspruch auf Erziehungsbeihilfen haben und demzufolge auch ihre Kinder nicht ausbilden lassen können.

6. Witwen- und Waisenbeihilfen sollen in Zukunft nur dann bewilligt werden, wenn der Verstorbene zur Zeit des Todes eine Rente von mindestens 50 Prozent bezogen hat.

Das bedeutet, daß auf diesem Gebiete eine weitere, ganz brutale Rechtsverschärfung eintreten ist. Erst raubt man dem

Heraus zum 2. Reichstagtag werktätiger Frauen!

Frauen, kämpft ums tägliche Brot gegen den Hungerfeldzug der Unternehmer, gegen Lohnraub und Tevering und neue Kosten, für Lohn erhöhung, Siebenstundentag bei vollem Lohn, ausgleich und gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gegen den Abbau der durch das Proletariat erklämpften sozialen Errungenheiten, gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung, für Unterstützung aller Erwerbslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit, für den Ausbau des Arbeiterrinnen-, Mutter- und Kinderhauses, für Befreiung des § 218,

gegen Faschismus, faschistische Diktatur und Kriegsgefahr, für Einreichung der Frauen in die antifaschistische Kampffront, für Erziehung der Frauen zur proletarischen Wehrhaftigkeit,

gegen die Hungerregierung des kapitalistischen Deutschlands, für ein Sowjetdeutschland, das dem Proletariat die Befreiung und den Frauen volle Gleichberechtigung bringt.

Wie wird der vorbereitende Kampf auschluß gewählt?

Vorbereitende Kampfausschüsse sind die Organe der revolutionären Gewerkschaften, mit deren Hilfe sie die Arbeiter in den Betrieben zum Streik mobilisieren und in der Vorbereitungssperiode schon die revolutionäre Einheitsfront aller Arbeiter herstellen.

Seine Wahl erfolgt in der Betriebsversammlung, nachdem den Arbeitern die Notwendigkeit eines solchen Einheitsfrontsorgans gegen die zerstörende Tätigkeit der Bürokratie klargemacht worden ist. Wie die reformistischen Betriebsräte die Versammlungen einberufen und leiten, müssen die Anhänger der RGO die Wahl durchsetzen, wenn es ihnen gelang, die Mehrheit der Versammlung dafür zu gewinnen. Lassen die Reformisten die Wahl nicht zu, nehmen wir sie nach Übernahme der Versammlung durch Mitglieder der RGO selbst vor.

Wo sie von uns einberufenen Betriebsversammlungen nur schwach beachtet sind, nehmen wir trotzdem die Wahl vor, um später in den Versammlungen der einzelnen Abteilungen neue Kräfte zur Verstärkung des Kampfausschusses hinzuwählen zu lassen. Ein so gewählter Kampfausschuss darf sich vom sozialen Arbeits nicht durch vorstehende schwachen Versammlungsbedarf abhalten lassen, weil in vielen Fällen eben seine Mobilisierungsarbeit erst vorliegende Versammlungen bringen wird.

Die beste Methode der Bildung eines vorbereitenden Kampfausschusses ist ohne Zweifel die Abhaltung von einzelnen Abteilungsversammlungen, in denen bei großen Betrieben nicht mehr Arbeiter als in der Betriebsversammlung erfasst werden. Jede Abteilung entsendet hier ihre besten Kräfte in den Kampfausschuss, der sich sofort, auch wenn noch nicht alle Abteilungen gewählt haben, konstituiert und die Führung übernehmen muss.

In dem Vorbereitenden Kampfausschuss müssen die Frauen, die Jugendlichen und auch die Erwerbslosen vertreten sein. Sozialdemokratische und parteilose Arbeiter müssen für die Mitarbeit gewonnen werden.

RGO und FAJ in einer Front!

Für die Internationale Arbeiterschaft sind die Beschlüsse des 5. RGO-Kongresses ebenfalls von weittragender Bedeutung. Auf dem 5. RGO-Kongress ist die Wichtigkeit und die hohe Bedeutung der FAJ-Arbeit, d.h. die Notwendigkeit der organisierten Massenolidarität in dieser Periode, wo immer breitere Kreise der Arbeiterchaft in die Abwehrkämpfe gegen Lohnraub und Verdröhung der sozialpolitischen Rechte antreten, bestätigt worden.

Die FAJ organisierte deshalb gemeinsam mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition eine große Kundgebung, die Freitagabend im Keglerheim stattgefunden hat. Zahlreich waren die Arbeiter und Arbeiterinnen Dresdens zur Kundgebung erschienen. Zur Ausgestaltung der Kundgebung waren gewonnen die Roten Raketen, die durch politische Saiten, Musik und Gesang die gegenwärtige Lage treffend schilderten. In einem einzündigen Referat erläuterte der Genosse Grüner die Beschlüsse des 5. RGO-Kongresses und den sozialen Aufbau der Sowjetunion an Hand von Beispielen.

Der Erfolg der Kundgebung war, daß 70 Berichte vom 5. RGO-Kongress zum Preise von 20 Pf. verkauft wurden, darüber hinaus 43 Proschriften „Kronen vor die Front“ und 75 Mahnrufe und andere Literatur. Besonders zu erwähnen ist die Szene der Roten Raketen. Die Provisorische Kommission, die vollständig neu im Programm in Erscheinung trat. Der Erfolg war, 46 Aufnahmen für die FAJ, eine für die KPD und 3 für die Rote Hilfe.

noch lebenden Kriegsbeschädigten keine Rente mit Hilfe einer ärztlichen Witwenhöfe, welche sich zur Fürre der kapitalistischen Gesellschaft hat erneutigen lassen, und wenn dann das Kriegsopfer verstorben, bekommen seine Hinterbliebenen keine Witwen- und Waisenbeihilfe.

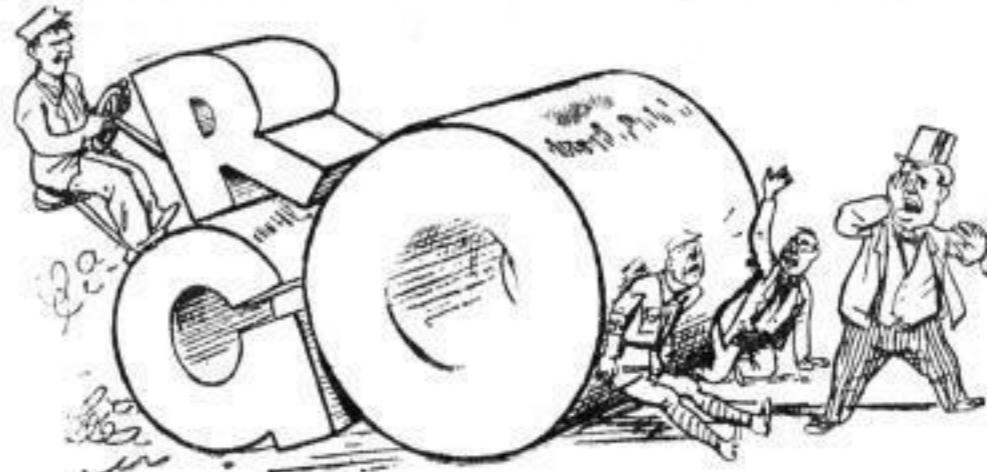
7. Witwen, die sich wieder verheiraten und deren Ehe schuldblos geschieden ist, erhalten in Zukunft keine Witwenbeihilfe mehr.

Das bedeutet, daß man auch diese Kriegsopfer ganz rücksichtslos reichtlos macht. Bis jetzt bestand die Möglichkeit, daß eine Witwenbeihilfe gewahrt wurde.

8. In einer besonderen Verordnung wird verkündet, daß auch diejenigen Kriegsbeschädigten, die einen Aufprall auf Heilbehandlung haben, die Arzts- und Krankenhausgebühren bezahlen müssen. Endlich die nicht versicherten Kriegsbeschädigten, sowie die Zulagentretenempfänger können von diesen Gebühren befreit werden.

Das sind die wichtigsten Ausführungsbestimmungen zu den von der Brünning-Regierung erlassenen Notverordnungen. Diese Maßnahmen bedeuten einen weiteren ganz erheblichen Eingriff in die Verpflichtung der Kriegsopfer und müssen deshalb den größten Widerstand und Widerstände der Verpflichtungserichtungen herausfordern. Mit Protestresolutionen allein ist nichts zu erreichen. Die Kriegsopfer müssen gehlossen aufmarschieren und gegen diese Schandverordnungen demonstrieren. Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Kriegsopferorganisationen (Reichsverband, Reichsbund u.a.) sind unfähig, diesen Kampf zu führen. Nur der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit ist bereit, den Kampf gegen die Verpflichtungen parlamentarisch und außerparlamentarisch zu führen. Darum, Kriegsopfer, werdet Mitglied des Internationalen Bundes! Die Geschäftsstelle befindet sich Dresden-U, Kleine Gründergasse 21, II.

Die RGO unser Wegbereiter



RGO-Betreter prozeßbevollmächtigt

Eine wichtige Entscheidung des Ehlinger Arbeitsgerichts

Bei den pleiterlei Versuchen, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu infamieren, sie vor den Kollegen herunterzurütteln usw., spielt es auch eine große Rolle, daß die reformistische Bürokratie immer wieder den Arbeitern erklärt, sie könnten von RGO-Betretern niemals vertreten werden. Dazu hat das Arbeitsgericht Ehlingen a.R. eine wichtige Entscheidung gefällt, die von grundlegendem Bedeutung ist. Der Genosse Albert Fischer, in seiner Eigenschaft als Vorsteher des Lederverarbeiterverbandes, Opposition, trat vor dem dortigen Arbeitsgericht für die roten Betriebsräte eines Ledervertriebes auf. Die reformistische Bürokratie stellte den Antrag, den Genossen Albert Fischer nicht zuzulassen. Am 6. August traf jedoch das Arbeitsgericht Ehlingen dazu eine Verfügung, in der es u.a. heißt:

In Rechtsakten Pf. G. und Gr. wird dem Antrag, den betroffenen Prozeßbevollmächtigten Albert Fischer, Vorsteher des Lederverarbeiterverbandes, Opposition, zurückzuweisen, nicht entsprochen.

Gelinde:

Nach § 11 Arb.G. ist eine Vertretung durch Mitglieder oder Angehörige wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern zulässig, wenn sie für die Mitglieder der Vereinigung auftreten und nicht neben dem Verhandeln vor Gericht genehmäßigt gegen Entgelt betreiben. Unterlagen dafür, daß früher jemals genehmäßigt gegen Entgelt vor Gericht auftritt, fehlen. Es ist jedoch nur noch die Frage zu prüfen, ob der Lederverarbeiterverband Opposition als wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern anzusehen ist.

Dann folgt eine eingehende Darlegung, daß der Lederverarbeiterverband Opposition tatsächlich eine wirtschaftliche Vereinigung darstellt. Deshalb kam das Gericht zu obengenannter Entscheidung.

Generalappell in Birna

Am Donnerstag dem 9. Oktober fand im Birnaer Volkshaus ein politischer Informationsabend und Generalappell für die

Parteimitglieder statt, welcher einen äußerst guten Besuch aufzuweisen hatte. An der Ansprache über die gesamte politische Lage und die für uns hieraus resultierenden Aufgaben beteiligten sich die Mitglieder sehr rege, und dies ist ein jeder wertvolle Anregungen erhalten haben. Als besonders dringend und im Vordergrund stehend wurde die Notwendigkeit angesetzt, für die Stärkung des Antifaschistischen Kampfbandes und für eine verstärkte Werbung von „Arbeiterstimme“-Leuten Sorge zu tragen.

Zum Schlüsse der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 9. 10. 1930 tagende öffentliche Mitgliederversammlung stellt fest, daß das Reichstagwahlergebnis die Nichtigkeit der Linie der Partei bestätigt.

Wir werden alle Kräfte anspannen, um den großen ideologischen Einfluß organisatorisch zu festigen. Besonderes Augenmerk ist zu richten auf die Gewinnung der Frauen und der Jugend, bei denen es bisher noch nicht möglich war, in genügendem Maße Fuß zu fassen.

Wir erkennen die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Notverordnungen auf breiterster Basis und werden alles tun, um die Mittelschichten für diesen Kampf zu gewinnen.

Das Hauptaugenmerk ist auf die Arbeit in den Betrieben zu richten. Die Bildung von RGO-Gruppen ist sofort vorzunehmen. Dabei darf auch die Arbeit in den Gewerkschaften nicht vernachlässigt werden, da 5 Millionen Arbeiter heute noch dem reformistischen Einfluß unterliegen und wir sie diesem entreißen müssen. Die Schaffung von großen Kampfbünden gegen den Faschismus.

Wie geloben vor der Gesamtpartei, in diesem Sinne alle unsere Kräfte zu mobilisieren und in andauernder und intensiver Arbeit für den Sieg des Proletariats für ein Sowjetdeutschland zu wirken.“

Betriebsgruppen der RGO das Gebot der Stunde! Schafft diesen revolutionären Kamprapparat in jedem Betrieb!

Anträge der KPD-Reichstagsfraktion

Die Jugendsforderungen der RPD

Allein die Kommunistische Partei kämpft für die werktätige Jugend / Gegen das Raubprogramm der Brünings-Regierung / Gegen Faschismus

600 000 jugendliche Erwerbslose. Täglich neue Massenentlassungen. Der größte Teil aller beschäftigten jugendlichen Arbeiter arbeitet nun, zehn und elf Stunden. Allein 50 Prozent aller jugendlichen Angestellten arbeiten über acht bis zu zwölf Stunden. Die letzten Reste des Jugendreichtums werden belästigt. Rot und Gold der werktätigen Jugend treiben ins Risikotheit. Allein im Jahre 1929 betrug in Preußen die Zahl der Fürsorgezöglinge 61 284.

Das Raubprogramm der Brünings-Regierung ist ein Programm der faschistischen Diktatur von Hitler über Brüning bis zur SPD. Es bringt der werktätigen Jugend Lohnraub, Raub der Erwerbslosenunterstützung, Arbeitsdienstpflicht (allein im Rheinland wurden über 500 000 jugendliche Erwerbslose verhöhlt), Wahlrechtsraub, erneutes Elend und verschärft politische Unterdrückung. Der Reichsausschuss der Deutschen Jugendverbände ist ein Sammelbecken des Faschismus. Die in ihm zusammengekommenen bürgerlichen, sozialistischen und sozialdemokratischen Jugendorganisationen stehen hinter diesem Raubprogramm. Nur die Kommunistische Partei und der Kommunistische Jugendverband Deutschlands kämpfen für die arbeitende Jugend.

Das Programm der Reoterung bringt:

1. Einführung der Arbeitsdienstpflicht.
2. Weiterer Raub der Erwerbslosenunterstützung.
3. Verlängerung der Arbeitszeit auf 10, 11 und 12 Stunden.
4. Raub des Urlaubs.
5. Herauslegung des Wahlalters auf 25 Jahre.
6. Unterdrückung aller revolutionären Jugendorganisationen (drohendes Verbots des KJD, Justizterro, Entziehung der Turnhallen und Sportplätze).
7. Förderung und Unterstützung der faschistischen und bürgerlichen Jugendorganisationen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert:

1. Verbot der Arbeitsdienstpflicht in jeder Form. Verbots der Verhinderung von jugendlichen Erwerbslosen.
2. Ausreichende Unterstützung unter Gleichstellung mit den Erwachsenen für alle jugendlichen Erwerbslosen für die Dauer ihrer Erwerbslosigkeit. Gewährung einer Winterbeihilfe

für alle jugendlichen Erwerbslosen. Und zwar: einen warmen Wintermantel, einen Anzug bzw. ein Kleid, eine warme Schule und Unterwäsche. Einrichtung von Erwerbslosen-Jugendheimen mit Versorgung, die unter der Kontrolle der Erwerbslosenausschüsse der Revolutionären Gewerkschaftsopposition stehen.

3. Herabsetzung der Arbeitszeit für Jugendliche unter 18 Jahren auf 6 Stunden, über 18 Jahre auf 7 Stunden, bei vollem Lohnausgleich. In gesundheitsschädlichen Betrieben und unter Tage 6 Stunden.
4. Roter Wochen-Urlaub für alle jugendlichen Arbeiter.
5. Streikrecht für Lehrlinge, Vereinigungsfreiheit für alle Jungarbeiter und Lehrlinge.
- Aufhebung des Verbots der Antifa und Roten Jungfront.
6. Herauslegung des Wahlalters auf 18 Jahre.
7. Einstellung aller Unterstützungen in jeder Form für den Reichsausschuss Deutscher Jugendverbände und alle bürgerlichen und sozialistischen Jugendorganisationen.
8. Sozialversicherung für alle proletarischen Jugendorganisationen, soziallose Bereitstellung von Turnhallen und Sportplätzen für die roten Sportler.

Im neu gewählten Reichstag wird der Reichstagsabgeordnete der arbeitenden Jugend, Genosse Artur Becker, die Forderungen vertreten.

Gleichzeitig rufen wir die arbeitende Jugend zum aktiven parlamentarischen Kampf für diese Forderungen auf. Nehmt Stellung in den Betrieben, Büros, Stempelstellen und Berufsschulen. Schliegt die einheitliche Kampfesfront der werktätigen Jugend gegen den Faschismus. Hinzu in den Nationalsozialistischen Kampfbund! Mitglieder der SAJ, christliche Jungarbeiter, Jungarbeiter in den bürgerlichen und sozialistischen Organisationen: Hier zu uns! Nur die Kommunistische Jugendverbände kämpfen für eure Forderungen.

RGO

Bezirkskomitee
Dresden-A Istadt
Rosenstraße 100

Essentielle Erwerbslosen-Angebote

Dienstag, 14. Oktober, vormittags 11 Uhr, spricht Müllers Restaurant, Schäferstr. 24, Herbert Wehner, M. d. R., über das Thema: „Wer hilft den erwerbslosen Angestellten?“ Erwerbslose Angestellte, jörgt für Massenbesuch.

Angestellten-Versammlung Dienstag den 14. Oktober, 20 Uhr, in der Bayrischen Krone, Neumarkt. Unter anderem Wahl einer Angestellten-Delegierten zum Frauenkongress am 8. und 9. November 1930 in Berlin. Es spricht Olga Körner, M. d. R. Angestellte, Männer und Frauen, kommt in Massen!

Unterbezirk Pirna, Industriegruppe Bautzen

Donnerstag den 16. Oktober, 19.30 Uhr, im Felsenkeller Kopitz, Aktionsstättung. Tagesordnung: Gründung der RGO-Gruppe. Sympathisierende sind dazu eingeladen. Es spricht Genosse Jäkel.

Beisammensetzung für Politik und Gemeinschaftliches. Bruno Schneller, M. d. R., Berlin, als Vortrag und Beurteilung; Willi Heinz, Dresden, Albert Schilder, Dresden, für Literatur; Arthur Böttcher, Dresden - Verlag: Dresdner Verlagsanstalt in d. S. Dresden, Mittelbahnhofstraße 2.

Billiger wird auch

GEG-FAMOS

250-g-Paket 38 500-g-Paket 72 Pfennig
Abgabe erfolgt nur an Mitglieder

Konsumverein
VORWÄRTS



nachstet an Bord für eine Stunde Zeit zum Waschen. Wenn ich dann die Wäsche nicht auf, darf ich sie nicht mehr aufnehmen. Das ist nicht gerecht.

Wer seiner Wäsche einen frischen Duft und schimmernden Glanz geben will bei langer Lebensdauer, muß sie stets mit Rumbo-Selbst, nur echt im Karton, pflegen. Der perlmuttartige, sahnige Schaum greift selbst die zartesten Stofffasern nicht an, sondern befreit diese ohne überflüssige Anstrengungen von jeglichem Schmutz.

Rumbo-Selbst-Werke, Dresden-Freital
Hersteller des beliebten, selbsttätigen Waschmittels Rumbo-Selbst.

Morgen Dienstag Eröffnung der 4 Offenbacher-Lederwaren
früh 10 Uhr
die große Oktober-Sensation für Dresden
Einheits-Preise

und dafür die haltbarsten Garantie-Lederwaren • Großes Spezial-Geschäft am Platz

Verlangt überall

Weltmali

Dein Weg

zum Wissen und führen über die Literatur. Wissen ist Macht!

Führt Dich

etwa das bürgerliche Buch diesen Weg? Nein: Willst Du Dir Wissen verschaffen, so besorg Dir marxistische Bücher. Geh

zur Arbeiter-Buchhandlung.
Plenumstr. 5

Felix u. billige
Felix-Farber
Farber-Färber
Peitz-Arbeits- und Rehefelder str. 21

Benieben II

große Auswahl prima
neue Bettfedern, Pid.
schön von M. an veck.

Uhlmann
Gießerei am Bahnhof
Kotzenbergsche
Mälzerei Naundorf
N. Fahrstr. 10, 11 vergibt

2. Pflichtveranstaltung 15. Spieljahr)

Gastspiel des Bautzener Stadttheaters

Dollars
Bühne
PIRMA

Bettelstudent
Operette in drei Akten
Rot: Dienstag, 16. Okt.; Weiß: Mittwoch, 17. Okt.
10 Uhr Tannenbäume
Nichtmitglieder RM. 250 an der Abendkasse

Amalienstraße 24
Alaunstraße 13
Wilsdruffer Str. 19
Kesselsdorfer Str. 20

3M 6M 9M 12M bis 30M